Zeitschrift: Bauen, Wohnen, Leben Herausgeber: Bauen, Wohnen, Leben

Band: - (1958)

Heft: 34

Rubrik: Emil Klöti über Zürichs Zukunft

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 01.12.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

Emil Klöti über Zürichs Zukunft

Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben

Zur Regionalplanung: Referat von alt Ständerat Dr. E. Klöti an der Generalversammlung der Zürcher Planungsgruppe Glattal

Die «Landflucht»

wissen, daß wegen der Beschränktheit des landwirtschaftlich nutzbaren Bodens vor allem der land-wirtschaftliche Nachwuchs der Gebirgsgegenden gezwungen war, in fremde Kriegsdienste zu treten oder auszuwandern oder in nichtlandwirt-schaftlichen Berufen Arbeit und Brot zu suchen. Dieser Prozeß hat sich in der neueren Zeit verschärft. Einmal weil sich auch der landwirtschaftliche Betrieb rationalisiert und mechanisiert; es werden ja heute an-nähernd 100 000 Traktoren und Motormäher in der Landwirtschaft verwendet, um Arbeitskräfte zu ersparen. Vor allem aber führt die gewaltige Entwicklung von Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr, die ich in meinen weiteren Ausführungen kurz als «Industrialisierung» bezeichnen werde, zur Inanspruch-nahme von immer mehr Land. Da es nahme von immer mehr L sich dabei fast immer um

kultivierbares Land in der Ebene

handelt, hat diese Ausdehnung eine Verminderung des landwirtschaftlich beworbenen Bodens zur Folge. Es ist ja auch klar, daß die im Laufe eines Jahrhunderts von 2,5 Millionen auf 5,0 Millionen gewachsene Bevölkerung bedeutend mehr Boden als Lebensraum benötigt.

Im Kanton Zürich haben diese Faktoren bewirkt, daß von 1888 bis 1950 die landwirtschaftliche Bevölke-rung um 25 Prozent abnahm, und daß ihr prozentualer Anteil an der Gesamtbevölkerung in der gleichen Zeit von 38 Prozent auf 18 Prozent zurückging.

Diese strukturelle Aenderung in der Zusammensetzung unseres Vol-kes, Abnahme der landwirtschaftlichen und Zunahme der nichtland-wirtschaftlichen Bevölkerung, wird sich unzweifelhaft fortsetzen. Sie würde nur aufhören, wenn keine weiwürde nur authoren, wenn keine wei-tere Industrialisierung unseres Lan-des mehr erfolgen würde. Das will niemand ernstlich, auch nicht die Landwirtschaft. Denn unseren Wohl-stand verdanken wir vor allem der Industrialisierung. Ohne ihren Fort-bestand und ihre Weiterentwicklung wäre es nicht möglich, der wachsenden Bevölkerung im Lande selbst genügend Beschäftigung zu bieten, Die Landwirtschaft könnte den Ueber-schuß ihres Nachwuchses nicht mehr an andere Erwerbszweige abgeben, und der Staat wäre weniger imstande, sie gegen die ruinöse Konkurrenz großer Agrarstaaten zu schützen. Nur eine schwere Wirt-schaftskrise mit ihren bedenklichen Wirkungen wäre imstande, den Prozeß der Industrialisierung zum Still-stand zu bringen: Wir hoffen alle, daß wir davor bewahrt werden.

Man kann nicht den Fünfer und das Weggli haben!

Will man der großen wirtschaft-lichen Vorteile der Industrialisierung nicht entsagen, so muß man ihre Nachteile, bestehend in der Abnahme des landwirtschaftlich benutzbaren Landes und in der größeren wirt-Landes und in der größeren wirt-schaftlichen Abhängigkeit vom Weltmarkt, in Kauf nehmen. Durch Bo-denmeliorationen in vernünftigem Ausmaß – hoffentlich nie durch Verringerung des Waldbestandes – sowie durch die Vorschriften über den bäuerlichen Grundbesitz können wir diese Nachteile etwas mildern, nicht aber beseitigen.

Es ist zu bezweifeln, daß die *Industrialisierung* einen kulturellen Fortschritt bedeutet, und es ist daher begreiflich, daß sie vielen unsympa-thisch ist. Aber sie ist eine Entwicklung, die sich unbekümmert um unsere Sympathie oder Antipathie in der freien Wirtschaft mit der Kraft einer Naturgewalt fortsetzt. Nichts wäre törichter, als wenn man sie aus Antipathie ignorieren – den Kopf in den Sand stecken wollte. Es ist im Gegenteil unsere Pflicht, der

Realität ins Auge zu schauen

und alles zu tun, um ihre Vorzüge zu verstärken und ihre Nachteile zu verringern.

Dabei stoßen wir auf das Problem

Verstädterung

Mit Unbehagen verfolgt man heute das starke Wachstum der Städte, für das man das häßliche Wort «Verstädterung» erfunden hat. Man wünscht, daß ihr entgegengewirkt werde, von der richtigen Auffassung ausgehend, daß sich auf dem Lande und in der kleinen Stadt ein gesunder Nach-wuchs leichter heranziehen läßt als in der Großstadt. Man ruft nach Dezen-tralisation der Siedlung, besonders auch nach Satellitenstädten. Die Forderung ist sympathisch und verdient Unterstützung. Bis heute war ihr aber, wie überall im In- und Ausland, so auch in Zürich, kein spürbarer Erfolg beschieden. Das ist nicht ver-wunderlich, denn ein Erfolg kann nur erwartet werden, wenn die Faktoren, die zur Verstädterung führen, geschwächt werden. Diese Faktoren sind psychologischer und wirtschaftlicher Natur. Manche junge Leute finden das Leben in der Stadt mit ihren Vergnügungsstätten und ihren Sensationen anziehend und hoffen, dort angenehmer leben zu können. Aber Enquêten, die in ausländischen Städten durchgeführt wurden, haben ergeben, daß der wirtschaftliche Faktor, das heißt die Arbeitsgelegen-heit in der Stadt, weitaus stärker ist als die psychologischen Faktoren. Das dürfte auch bei uns der Fall sein. Ich denke zum Beispiel an die Zeit zurück, da die Stickerei in Sankt Gallen darniederlag und Tausende von Sankt-Gallern nach Zürich zogen, um hier im Baugewerbe und ander-wärts Arbeit und Verdienst zu finden. Daraus ist zu schließen, daß die

Dezentralisation der Industrie

das einzige wirkungsvolle Mittel ge-gen das stete Wachstum der groß-städtischen Agglomerationen ist. (Agglomeration bedeutet Zusammen-hallung Agglomeration ballung, Anhäufung. Unter dem Begriff der Agglomeration Zürich vergriit der Aggiomeration Zurich versetht man die Stadt zusammen mit den mit ihr wirtschaftlich eng zusammenhängenden Gemeinden der Umgebung.) Die Dezentralisierung der Industrie und damit der Arbeitsgelegenheiten bewirkt auch eine willkommene Dezentralisation der Wohnstaltst. Die Dezentralisation der Wohnstaltst. Die Dezentralisation der Wohnstaltst. Die Dezentralisation der Wohnstaltst. gebiete. Die Dezentralisation der In-dustrie ist aber nicht leicht zu errei-chen. Wer einen neuen Fabrikbetrieb ins Leben rufen will, wählt dafür als Stadort den Ort, der hinsichtlich der Rekrutierung des Personals, der Ko-sten der Zufuhr des Rohmaterials und des Abtransportes der Waren, des Kundendienstes usw. am günstig-sten ist und die beste Rendite verstein ist und er leiste kenntite Ver-spricht. Früher spielte bei der Wahl des Standortes die Beschaffung der Betriebskraft eine große Rolle, wes-halb zahlreiche Fabrikbetriebe sich da niederließen, wo ein Wasserkraftwerk die Betriebsenergie liefern konnte. Es ergab sich so von selbst eine gewisse Dezentralisation der In-dustrie, deren günstige Wirkungen heute noch spürbar sind. Seit aber die elektrische Energie sozusagen überall in gleicher Weise erhältlich ist, spielt dieser Faktor keine Rolle mehr. In den meisten Fällen erweist sich heute für den projektierten neuen Betrieb die Stadt oder ihre nächste Umgebung, bei uns also die Region Zürich, als der günstigste Standort. Der einzelne Unternehmer ist in der Regel nicht geneigt, diesen für ihn betriebswirtschaftlich günstigsten Standort mit einem weniger günstigen zu vertauschen, um der im öffentlichen Interesse liegenden im offentlichen Interesse legenden Dezentralisation der Industrie zu dienen. Ausnahmen bestätigen die Regel. In England ist man daher dazu übergegangen, die Niederlas-sung eines neuen Betriebes in der Großstadtregion gesetzlich nur dann zuzulassen, wenn aus sehr gewichti-gen Gründen eine Niederlassung außerhalb der Region nicht in Frage kommen kann. Andernfalls verbietet das zuständige Ministerium die Niederlassung in der Großstadt-region. Bei uns ist es zurzeit ausge-schlossen, daß das Volk einer solchen Beschränkung der Freiheit zustim-men würde. Selbst die Schweizerische Vereinigung für Landesplanung po-stuliert kein solches Gesetz, sondern will sich mit Aufklärung und Beleh-rung begnügen. Ich kritisiere dies keineswegs, denn die Aufklärung ist wertvoll, und ohne sie wäre auch in einer ferneren Zukunft, wo die Aus-übung eines Zwanges sich einmal aufdrängen könnte, eine gesetzliche Regelung nicht erreichbar.

Unter den heutigen Umständen Unter den heutigen Umständen würde man sich aus den dargelegten Gründen einer bedenklichen Täuschung hingeben, wollte man annehmen, die industrielle Entwicklung der Region Zürich werde nicht weiterschreiten. Und weil die Dezentraterschreiten. Und weil die Dezentralisation der Wohnsiedlungen sich im
allgemeinen parallel zu derjenigen
der Industrie vollzieht, darf man
sich auch nicht der Illusion hingehen, daß die Bevölkerung der Großstadtregion in der nächsten Zeit
nicht weiterhin anwachsen werde. Weil jeder, der in der Stadt arbeitet, nicht allzu weit weg wohnen will, werden die leicht erreichbaren Gemeinden der Nachbarschaft Wohngebiete bevorzugt, und kommt es, daß diese meinden

mit der Stadt zusammenwachsen

und die städtische Agglomeration, unbekümmert um die Gemeindegrenzen, immer größer wird. In England hat man durch Gesetz der Regierung alle rechtlichen und administrativen alle rechtlichen und administrativen Kompetenzen zur Bildung ganz neuer Städte außerhalb der Groß-stadtregion erteilt. Man hat damit gewisse, relativ bescheidene Erfolge erzielt. In unserem dichtbebauten Lande ist dieser Weg nicht begeh-bar. Es ist auch nicht nötig, ganz neue Städte herzuzaubern. Man kann durch Dezentralisation der Industrie und der damit verbundenen Entwick-lung bestehender Ortschaften zu selbständigen wirtschaftlichen Zenselbständigen wirtschaftlichen Zen-tren zweiter Ordnung ungefähr das-selbe erreichen. Natürlich ist in einer ganz neuen Stadt die Disposi-tion der Verkehrswege, die Gliede-rung der Bebauung usw. viel leich-ter, als bei einer Ortschaft, deren überlieferter Teil den heutigen Be-dürfnissen nicht mehr entspricht.

Der idealen Bewegung «Neue Stadt» bringe ich volles Verständ-nis entgegen und wünsche ihr Er-folg, wenn ich auch mit der Skep-sis und der Erfahrung des Alters nicht recht daran zu glauben ver-

Man denke zum Beispiel nur daran daß die Bildung einer neuen Stadt als selbständige Gemeinde auf Kosten des Gemeindegebietes bestehender Gemeinden erfolgen müßte, was ohne Aenderung von Gesetzen, in

manchen Kantonen sogar der Verfassung nicht möglich ist. Man denke auch an die Schwierigkeiten des Landerwerbes, zumal dafür das Expropriationsrecht kaum erhältlich wäre. Kann die neue Stadt doch wäre. Kann die neue Stadt doch Wirklichkeit werden, so ist damit nicht viel gewonnen. Denn sie bleibt ein vereinzeltes Muster, das praktisch nicht in großer Zahl nachgemacht werden kann. Auf keinen Fall darf von der Bewegung «Neue Stadtseine spürbare Verringerung des Wachstums der Städte erwartet werden.

In diesem Zusammenhang gestatte ich mir, der weitverbreiteten Meinung entgegenzutreten, die Behörden der Stadt Zürich hätten imperialistische Ziele und seien darauf erpicht, das Gebiet der Stadt auszudehnen und möglichst viele selbstän-dige Nachbargemeinden zu verschlinnge Nachoargenenden zu verschin-gen. Diese Meinung ist irrtümlich. Zürich ist schon längst groß und stark genug, um seine Bevölkerung der Vorteile einer Stadt als wirt-schaftliches Zentrum mit ihren Bildungs- und Kunstanstalten und so-zialen Einrichtungen teilhaftig werden zu lassen. Nach einer territoria-len Ausdehnung, die erfahrungs-gemäß mit Vermehrung der Lasten verbunden ist, besteht

in der Stadt kein Verlangen.

Aber dem natürlichen Wachstum der ortsansässigen Bevölkerung und dem Zuzug von außen, der angesichts des Rechtes der Bürger auf freie Niederlassung nicht verhindert wer-den kann, stehen die Behörden der Stadt wie der Vororte machtlos ge-genüber. Sie sind auch verpflichtet, den Grundeigentümern innerhalb der Schranken des Baugesetzes und der Bauordnungen die bauliche Ausnüt-zung ihres Bodens zu gestatten.

e erste Eingemeindung von wird niemand als Fehler bezeichnen wollen. Sie war nichts an-deres als die Anpassung an eine sehr weit fortgeschrittene städtische Entwicklung, wo ein Finanzausgleich zwischen der Stadt und den Vor-orten und ein Zweckverband nicht mehr hätten genügen können. Nicht die Stadt forderte die Eingemeindung, sondern die notleidenden Vororte. Sie, die faktisch bereits zur Stadt gehörten und durch die Arbeit Stadt gehörten und durch die Arbeit ihrer Einwohner zum Wohlstand der Stadt beitrugen, begehrten, dieser auch rechtlich und finanziell zuge-teilt zu werden. Ihre Stimmberech-tigten stimmten mit gewaltigen Mehrheiten dem Zuteilungsgesetz zu, während es in der Stadt großer An-strengungen weitblickender Männer, wie Dr. Escher und Dr. Usteri, be-durfte, um eine Zustimmung mit 60 gegen 40 Prozent zu erreichen.

Nach 1893 schritt die Entwicklung weiter. Wieder verwandelten sich bäuerliche Nachbargemeinden in rasch wachsende Vororte, und es war vorauszusehen, daß sie immer mehr mit der Stadt zu einer großen Agglomeration zusammenwachsen würden. Wiederum bestand die Gefahr. daß jede Gemeinde weiterhin sich auf die Wahrnehmung ihrer Eigeninteressen beschränken werde, und daß keine Vorsorge für die Bedürf-nisse der kommenden größeren Stadtagglomeration hinsichtlich Verkehr, Bebauung, Grünflächen usw. getroffen werde, daß man also den gleichen Fehler machen werde, wie

Der Stadtrat von Zürich erachtete es als seine Pflicht, die Wiederho-lung des früheren Fehlers nach Möglichkeit zu vermeiden, und sich zu bestreben, die zu erwartende und

zum Teil bereits eingetretene bau-liche Ausdehnung der Stadt außerhalb ihres Gebietes in möglichst günstige Bahnen zu leiten, trotzdem ihre Kompetenzen an der Stadtgrenze aufhörten.

Er strebte keine Eingemeindung der neuen Vororte an, sondern be-schritt einen Weg, den man heute, nur in etwas anderer Form, auch zu beschreiten im Begriffe ist. Auf seine Initiative veranstalteten näm-lich die Stadt und 21 Nachbargemeinden, die damals etwa die Region Zürich ausmachten, einen Ideen-wettbewerb über einen Bebauungsplan für das gesamte Gebiet der 22 Gemeinden.

Schon ein Jahr nach der Durch-Schol ein Jahr nach der Durch-führung des Ideenwettbewerbs wurde das Problem der Eingemeindung aufs Tapet gebracht. Im Juni 1919 gelangten die Gemeinderäte von Oer-likon, Seebach, Schwamendingen und Affoltern, gestützt auf einstimmige Beschlüsse aller vier Behörden, an den Stadtrat von Zürich mit dem Er-suchen um Aufnahme von Verhand-lungen mit ihnen über die Eingemeindung der vier Gemeinden, Zu gleicher Zeit stellten Albisrieden und Altstetten gleiche Gesuche. Als die statistischen Erhebungen und Untersuchungen, die der Stadtrat vor dem Eintreten auf Verhandlungen durchführen wollte, sich etwas hinauszogen, wurde man in den Voror-ten ungeduldig, und man startete im Jahre 1925 eine Volksinitätive auf Totalvereinigung von zwölf Gemeinden mit der Stadt, nämlich der acht Gemeinden, die 1934 zur Stadt kamen und die weiteren vier Gemeinden Zollikon, Oberengstringen, Kilch-berg und Schlieren. Die Initiative wurde im Mai 1929 verworfen. 1931 wurde dann das Gesetz über die Ein-gemeindung von acht Vororten und über den kantonalen Finanzausgleich angenommen. In Seebach stimmten 99 Prozent der an der Abstimmung teilnehmenden Bürger für die Ein-gemeindung, in Affoltern und gemeindung, in Affoltern und Schwamendingen über 98 Prozent, selbst in Höngg, wo die Begeisterung weniger stark war, immer noch 71 Prozent; alle Vororte zusammen gaben 91 Prozent ihrer Stimmen da-für ab.

Man kann also nicht sagen, die Stadt habe die Vororte verschlun-gen wie ein Hecht zarte Forellen.

Neue Vorortbildung

Als der Stadtrat zu dem Eingemein-Als der Stadtrat zu dem Eingemeindungsbegehren Stellung zu beziehen hatte, waren die Meinungen seiner Mitglieder geteilt. Fünf Mitglieder, nämlich zwei Freisinnige und drei Sozialdemokraten, äußerten sich zustimmend, vier, nämlich ein Freisinniger, zwei Demokraten und ein Grütlianer, ablehnend. Eigentlich waren alle der Ansicht, daß die Stadt und die acht Vororte im Laufe einiger Jahrschute so em zusammenger Jahrzehnte so eng zusammen-wachsen werden, daß sich eine Ein-gemeindung als beste Lösung auf-drängen werde. Die Minderheit fand drangen werde. Die Minderneit land aber, man könne damit ruhig noch 10 bis 20 Jahre zuwarten, es sei dann immer noch früh genug. Wir von der Mehrheit waren im Gegenteil der Meinung, daß man die Eingemeindung, wenn man sie als künftige Notwerdieleit, weruwsche nicht früh wendigkeit voraussehe, nicht früh genug vollziehen könne, damit man noch große Freiheit in der städte-baulichen Ausgestaltung habe und nicht alles schon durch eine bereits weit gediehene Ueberbauung präjudiziert sei.

Ein Rückblick auf die zwei Eingemeindungen läßt erkennen, daß die Forderung der Eingemeindung und der zähe Kampf für sie von den not-